

Anliegen der LGU kommt vor EFTA-Gerichtshof

JOËL GRANDCHAMP

VADUZ. Im Rahmen der Erweiterung der Deponie im Rain in Vaduz im Jahr 2014 kam es zu Unstimmigkeiten zwischen der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) und der Regierung. Diese Unstimmigkeit soll nun vom EFTA-Gerichtshof geklärt werden.

Unzureichende Abklärung

Ende 2013 hatte die Regierung die Umweltverträglichkeit der dritten Etappe des Erweiterungsprojekts der Deponie festgestellt – eine Feststellung, welche gemäss LGU zu früh getätigt wurde, da wichtige Gesichtspunkte unzureichend abgeklärt worden seien. «Der Untergrund der Deponie ist geschüttet, und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass darunter nutzbare Grundwasservorkommen vorhanden sind», beschreibt Monika Gstöhl, Geschäftsführerin der LGU, das Problem. Für die Ablagerung der Inertstoffe sei es nötig, dass ein Kompartiment errichtet werde, welches zuverlässig verhindert, dass keine Schadstoffe in den Untergrund gelangen können.

Zwar gehe man davon aus, dass dies auch auf geschüttetem Untergrund machbar sei, doch seien in der Umweltverträglichkeitsprüfung keine Details dazu aufgeführt worden. «Diese Entscheidung wurde in ein anderes Verfahren ausgelagert. Die Um-



Die Deponie im Rain sorgte für Unstimmigkeiten.

weltverträglichkeit des Projektes wurde festgestellt, ohne dass man sicher wusste, ob es tatsächlich umweltverträglich umsetzbar ist», sagt Gstöhl. Problematisch an diesem Vorgehen sei, dass die LGU als Umweltorganisation nach Abschluss einer UVP keine Möglichkeit mehr habe, an einzelnen Bewilligungsverfahren teilzunehmen.

Keine Auswirkung mehr

Da die Beschwerde in erster Instanz abgewiesen wurde,

wurde mit dem Ausbau der Deponie bereits begonnen. Dieser ist derzeit noch im Gange. Dennoch hat die LGU den Fall an den Staatsgerichtshof weitergeleitet mit der Bitte, zu überprüfen, ob das gesetzlich verankerte Beschwerderecht aufgrund dieser Vorgehensweise unterwandert wurde. «Die Regierung hat aufgrund eines aus unserer Sicht ungenügenden Detaillierungsgrades über eine Umweltverträglichkeit entschieden. Die Klärung der relevanten Fragen

wurde in andere Bewilligungsverfahren ausgelagert. Da wir an der UVP teilgenommen haben und darüber entschieden wurde, können wir auf diese nachgelagerten Bewilligungsverfahren keinen Einfluss mehr nehmen. Aus unserer Sicht ist dadurch unser Beschwerderecht unterwandert worden», erklärt Gstöhl. Obwohl der Entscheid des EFTA-Gerichtshofs keine Auswirkung auf den Ausbau der Deponie mehr habe, sei die Entscheidung dennoch äusserst

wichtig. Momentan sei es nämlich möglich, dass eine Umweltverträglichkeit nur aufgrund einer Projektskizze festgestellt werden könne. Eine aus Sicht der LGU ungenügende Ausgangslage für eine Entscheidung. «Für die LGU geht es um die zukünftige Gewährleistung des gesetzlich verankerten Beschwerderechtes», sagt Gstöhl.

Auf geltendes Recht berufen

«Die Regierung hat ihre UVP-Entscheidung auf Grundlage geltenden Rechts gefällt», sagt Umweltministerin Marlies Amann-Marxer.

Im Rechtsmittelverfahren habe der Verwaltungsgerichtshof die Regierungsentscheidung mit dem Urteil vom 21. März 2014 bestätigt, woraufhin die LGU Individualbeschwerde an den Staatsgerichtshof erhoben habe.

«Der Staatsgerichtshof folgte dem Vorlageantrag der LGU und hat beschlossen, dass er die von der LGU vorgebrachten Fragestellungen zum Verbandsbeschwerderecht dem EFTA-Gerichtshof vorlegt und das Verfahren bis zur Entscheidung des EFTA-Gerichtshofs unterbricht. Eine abschliessende Entscheidung des StGH fällt somit erst nach der Klärung dieser Fragen», sagt Amann-Marxer.

Das Gutachten des EFTA-Gerichtshofs soll noch im Laufe dieses Jahres veröffentlicht werden.

POLIZEIMELDUNG

Internet-Betrug bei Produktkauf

LIECHTENSTEIN. Ein Mann wurde durch den Kauf eines Produktes Opfer eines Internet-Betrugs. Er beabsichtigte im vergangenen November, ein iPhone über eine Internet-Plattform zu ersteigern und erhielt den Zuschlag. Nachdem die Formalitäten ausgetauscht waren, überwies er den entsprechenden Betrag und wartete auf die Lieferung, welche bis heute nicht zugesandt wurde.

Die Landespolizei warnt davor, Unbekannten einen Kostenvorschuss, eine Vermittlergebühr oder ähnlich genannte Gebühren zu bezahlen. Falls der Verdacht von betrügerischen Machenschaften besteht, sollte die Landespolizei kontaktiert werden. (lpfl)



2014 in Bildern

VADUZ. Im Landeskanal wird der Film «2014 in Bildern» ausgestrahlt. Der Film ist an folgenden Tagen jeweils um 10, 12, 16 und 18 Uhr zu sehen: Donnerstag, 29. Januar; Freitag, 30. Januar; Samstag, 31. Januar, und Sonntag, 1. Februar.

Der im Auftrag des Amtes für Kultur, Abt. Landesarchiv, von der Filmfabrik Anstalt aus Vaduz erstellte Film zeigt Ereignisse aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben des vergangenen Jahres in Liechtenstein. Verschiedene Schwerpunktthemen und Interviews vervollständigen den Jahresrückblick.

Mit der Ausstrahlung der Filmdokumentation im Landeskanal wird das abgelaufene Jahr nochmals in Erinnerung gerufen. Die DVD «2014 in Bildern» kann beim Amt für Kultur gegen eine Gebühr von 10 Franken bezogen werden. Bestellungen nimmt das Landesarchiv, Postfach 684, 9490 Vaduz, Tel. +423 236 63 40, E-Mail info.aku@llv.li, entgegen. (ikr)

Männerchor: Kilbe-Konzert

NENDELN. Das Kilbe-Konzert 2015 des Männerchors Nendeln steht kurz bevor. Der Chor lädt sehr herzlich zum traditionsreichen Gesangskonzert unter dem Motto «Es steht ein Soldat am Wolgastrand» ein, welches morgen, Sonntag, 25. Januar, um 17 Uhr im Nendler Schulhaussaal stattfindet.

Neben anspruchsvollen klassischen Werken finden sich auch unterhaltsame Musikstücke auf dem Konzertprogramm. Im Mittelpunkt der Aufführungen steht das berühmte «Wolga-Lied», bei welchem Dirigent Christian Nipp als Solist auftreten wird. Am Klavier wird der Chor von Pianist Pirmin Schädler begleitet. Mit der Violine spielt Vereinsmitglied Laurens Huige.

Der Männerchor Nendeln will den Besucherinnen und Besuchern ein abwechslungsreiches und interessantes Konzertprogramm bieten. Der Chor freut sich sehr, am traditionellen Nendler Kilbe-Konzert wieder viele Gäste begrüßen zu dürfen. (eing.)

WEF: Neue Kontakte geknüpft - bestehende Beziehungen vertieft

DAVOS/VADUZ. Am World Economic Forum (WEF) in Davos diskutierte Regierungschef Adrian Hasler mit Norwegens Ministerpräsidentin Erna Solberg, Schwedens Premierminister Stefan Löfven, Polens Finanzminister Mateusz Szczurek und EU Wirtschafts- und Währungskommissar Pierre Moscovici.

Bilaterale Diskussion

Regierungschef Adrian Hasler diskutierte mit der norwegischen Ministerpräsidentin Solberg aktuelle Themen des EWR. Dabei stand die Umsetzung des im Herbst 2014 erzielten politischen Durchbruchs zur Übernahme der EU-Rechtsakte zur Schaffung des Europäischen Systems der Finanzaufsicht in das EWR-Abkommen im Mittelpunkt. «Wir sind uns einig, dass die Übernahme der hängigen EU-Rechtsakte im Finanzdienstleistungsbereich in den EWR mit höchster Priorität abgeschlossen werden soll», bekräftigte Regierungschef Hasler. Die Regierungschefs möchten den regelmässigen Austausch zwischen Norwegen und Liechtenstein in Zukunft noch verstärkt pflegen.

Gespräche mit Amtskollegen

Mit EU Wirtschafts- und Währungskommissar Pierre Moscovici konnte sich Regierungschef Adrian Hasler über die Steuerkooperation zwischen Liechtenstein und der EU sowie aktuelle wirtschaftspolitische Themen austauschen. Beim Gespräch mit Schwedens Ministerpräsidenten Löfven und Polens Finanzminister Szczurek hob Regierungschef Hasler die Situation Liechtensteins als EWR-Mitgliedsstaat

und damit die Bedeutung des ungehinderten Marktzugangs innerhalb des EWR/EU-Raums hervor.

Kontakte gepflegt

Ebenfalls nutzte Regierungschef Adrian Hasler das diesjährige WEF, um neue Kontakte zu knüpfen und bestehende zu vertiefen. Unter anderem traf sich der Regierungschef auch mit dem Gründer und Präsidenten des Weltwirtschaftsforums, Prof. Klaus Schwab, Nationalbankpräsident Thomas Jordan sowie der deutschen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Nordrheinwestfalen.

Drei Regierungsmitglieder vor Ort

Das Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums (WEF) stand vom 21. Januar bis heute unter dem Motto «The new global context»: Ganz im Zeichen des laufenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Wandels.

Mit Regierungschef Adrian Hasler, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer und Aussenministerin Aurelia Frick waren drei Vertreter der Liechtensteiner Regierung in Davos aktiv vor Ort. Beim informellen Gipfel der Weltpolitik stand bei den Regierungsmitgliedern der direkte Austausch mit internationalen Politikern und Wirtschaftsexperten im Mittelpunkt. Regierungschef Adrian Hasler, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer und Aussenministerin Aurelia Frick betonten, dass das WEF in Davos die ideale Gelegenheit ist, internationale Kontakte zu pflegen und auszubauen. (ikr/sda)



Regierungschef Adrian Hasler mit Norwegens Ministerpräsidentin Erna Solberg ...



... und mit Schwedens Premierminister Stefan Löfven.